LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

III/50/500.4-Zi Wolfenbüttel, den 26. Juni 2014

P r o t o k o l l

über die 10. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.06.2014
Sitzungsbeginn:	16:03 Uhr
Sitzungsende:	18:06 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, Großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Großer, Elke	

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Resch-Hoppstock, Sabine	anwesend ab 16:09 Uhr

Ordentliche Mitglieder

Boog, Thomas	
Brandes, Katrin	
Deitmar, Reinhard	
Keye, Bernfried	
Pink, Maximilian	abwesend ab 17:44 Uhr
Vree, Friedhelm	

stellvertretende Mitglieder

Koch, Manfred	Vertretung für Frau KAbg. Birgit Vogler; abwesend ab 17:43 Uhr
Löhr, Norbert	Vertretung für Frau KAbg. Ilona Dinter

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Perli, Victor	abwesend ab 17:34 Uhr

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Piltz, Andreas	Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände

Protokollführer
Zimmer, Stephan

Von der Verwaltung

Klooth, Kathrin	Dezernentin III
Dr. von Nicolai, Dorothea	Leiterin Gesundheitsamt
Rosenthal, Thomas	Leiter Amt für Arbeit und Soziales
Vogel, Thomas	Geschäftsführer jobcenter Wolfenbüttel
Vogt, Kornelia	Pressesprecherin

Als Gäste

Kaula, Ilona	AWO-Kreisverband Salzgitter-Wolfenbüttel e.V.
Salzmann, Uwe	Vorstandsmitglied "Refugium" Flüchtlingshilfe e.V. Braunschweig

Es fehlen:

Ordentliche Mitglieder
Brücher, Bertold
Dinter, Ilona
Vogler, Birgit

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Harmel, Ralf	Vorsitzender der örtlichen Pflegekonferenz
Meyer, Hans-Andreas	Kreisseniorenbeauftragter

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 9. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit vom 03.04.2014 (§§ 23, 4d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 4e GO)

5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

6. Anträge (§§ 23, 4f GO)
7. Durchführung der sozialen Schuldnerberatung
   Vorlage: XVII-0446/2014

8. Abschluss eines geänderten öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern
   Vorlage: XVII-0443/2014
9. Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Stadt Wolfenbüttel zur einmaligen Abgeltung der im Jahre 2013 im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerberin-nen und Asylbewerbern entstandenen Aufwendungen
   Vorlage: XVII-0442/2014
10. Zuschussantrag des Refugium Flüchtlingshilfeverein e. V. für das Jahr 2014
    Vorlage: XVII-0450/2014
11. Geschäftsbericht des Jobcenters Wolfenbüttel für das Jahr 2013
    Vorlage: XVII-0438/2014
12. Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)
13. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Großer eröffnet um 16:03 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)

Die Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung fest. Gleichzeitig stellt sie den Antrag, TOP 11 „Durchführung der sozialen Schuldnerberatung“ als TOP 7 zu behandeln und die nachfolgenden Tagesordnungspunkte entsprechend in der Reihenfolge zu verschieben.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

> TOP 11 „Durchführung der sozialen Schuldnerberatung“ wird zu TOP 7. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich in entsprechender Reihenfolge.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 9. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit vom 03.04.2014 (§§ 23, 4d GO)

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Die Niederschrift über die 9. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 03.04.2014 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 4e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 6 Anträge (§§ 23, 4f GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 7 Durchführung der sozialen Schuldnerberatung Vorlage: XVII-0446/2014

Frau KAbg. Großer nimmt Bezug auf den der Vorlage beigefügten Jahresbericht der Schuldnerberatung und hebt die Vergleichbarkeit der Jahre 2012 und 2013 hervor. Sie erfragt, weshalb insbesondere Personen im Alter zwischen 31 und 50 Jahren eine erhebliche Schuldenhöhe aufweisen.
Frau Kaula beschreibt, dass es sich meist zum einen um eine Entwicklung über mehrere Jahre hinweg handelt, bis die Schuldensituation unausweichlich wird. Zum anderen seien die Betroffenen in der Mitte ihres Lebens angekommen und so höheren Risiken wie Arbeitsplatzverlust oder Scheidung ausgesetzt.

Hinweis der Verwaltung:
Frau KAbg. Resch-Hoppstock erscheint um 16:09 Uhr zur Sitzung.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock spricht die Schwierigkeiten in Fällen von Personen an, die unter Betreuung stehen.

Frau Kaula teilt mit, dass diese zwar angestiegen seien, aber nicht in außergewöhnlicher Zahl vorliegen würden. In einigen wenigen Fällen sei eine Betreuung auch schon angeregt worden.
Frau Klooth erfragt in diesem Zusammenhang, ob es sich überwiegend um den Personenkreis aus dem Bereich SGB II/SGB XII oder Personen über den freien Zugang handelt.
Frau Kaula bestätigt eine gleichmäßige Verteilung auf diese beiden Gruppen.
Herr KAbg. Perli erfragt, ob die Personalkapazitäten der Schuldnerberatung im Hinblick auf die Wartezeiten dem prozentual gestiegenen Beratungsbedarf der Klientel weiterhin gerecht werden.
Frau Kaula berichtet, dass mit dem jetzigen Beratungsschlüssel von etwa 150 Personen je Vollzeitäquivalent die Obergrenze erreicht sei.
Herr KAbg. Perli kündigt an, dass die Entwicklung beobachtet wird.
Frau KAbg. Großer verweist auf die bereits auf ein angemessenes Maß reduzierten Wartezeiten, die Resultat der aktuell gültigen Vereinbarung sind.
Frau KAbg. Resch-Hoppstock bekräftigt dies und hebt die sich insofern positiv auswirkenden Umstrukturierungen und Finanzierungsänderungen hervor. Sie erfragt zudem die Situation bei drohender Wohnungslosigkeit.
Frau Kaula verweist auf die enge Zusammenarbeit mit dem jobcenter und dem Amt für Arbeit und Soziales sowie der Stiftung „Wohnen und Beraten“ der Diakonie, da die Wohnungsvermittlung nicht Aufgabe der AWO ist.
Herr KAbg. M. Koch erfragt die Ursache bei öffentlich-rechtlichen Gläubigern.
Frau Kaula benennt diesbezüglich alte Steuerschulden, bspw. aus ehemaligen Selbstständigkeiten, oder Schulden bei Unterhaltsvorschusskassen.
Frau KAbg. Großer dankt Frau Kaula für deren Ausführungen.

Nach vorangehender Beratung erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Vom Jahresbericht 2013 der sozialen Schuldnerberatung im Landkreis Wolfenbüttel wird Kenntnis genommen.

TOP 8 Abschluss eines geänderten öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern Vorlage: XVII-0443/2014

Frau Klooth erläutert die Vorlage XVII-0443/2014. Sie teilt ergänzend mit, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit in seiner Sitzung am 17.06.2014 dem Beschlussvorschlag gefolgt ist.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Landrätin wird beauftragt, den geänderten öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern mit den kreisangehörigen Samt- und Einheitsgemeinden sowie der Stadt Wolfenbüttel, wie er sich aus der Anlage zur Sitzungsvorlage ergibt, abzuschließen.

TOP 9 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Stadt Wolfenbüttel zur einmaligen Abgeltung der im Jahre 2013 im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerberin-nen und Asylbewerbern entstandenen Aufwendungen Vorlage: XVII-0442/2014

Frau Klooth erläutert die Vorlage XVII-0442/2014.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt einstimmig, dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Landrätin wird beauftragt, den öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Stadt Wolfenbüttel zur einmaligen Abgeltung der im Jahre 2013 im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern entstandenen Aufwendungen, wie er sich aus der Anlage zur Sitzungsvorlage ergibt, abzuschließen.

TOP 10 Zuschussantrag des Refugium Flüchtlingshilfeverein e. V. für das Jahr 2014 Vorlage: XVII-0450/2014

Frau Klooth erläutert, dass die Vorlage keine Beschlussempfehlung der Verwaltung enthalte, da von dem Refugium Flüchtlingshilfeverein e.V. leider kein konkretes Konzept zum geplanten Beratungsangebot vorgelegt wurde.
Frau KAbg. Resch-Hoppstock betont als wichtiges politisches Anliegen bei Zuschussgewährungen, dass keine Doppelstrukturen geschaffen werden. Insofern bittet sie Herrn Piltz um eine Positionierung. Darüber hinaus wünscht sie sich weitere, den Antrag konkretisierende Daten.
Herr Piltz beschreibt die Gesamtstruktur der Migrations- und Flüchtlingsberatung im Landkreis Wolfenbüttel. Diese wird von der AWO, Diakonie und Caritas in Aufgabenteilung mit unterschiedlichen Schwerpunkten wahrgenommen. Aktuell bestehe jedoch keine Möglichkeit für Beratungen vor Ort, da keine entsprechenden Kapazitäten vorhanden seien.
Herr KAbg. M. Koch zeigt auf, dass der Landkreis offensichtlich Beratungstätigkeiten bei den unterschiedlichen Verbänden unterstützt, deren Wirken sich allerdings nur auf das Stadtgebiet beschränkt. Er bittet auch um Berücksichtigung weniger zentral gelegener Gemeinden wie Schladen oder Baddeckenstedt.
Frau Klooth betont, dass die bestehenden Angebote für die Flüchtlings- und Migrationsberatung durchaus im gesamten Kreisgebiet ankommen. Zur Zeit könne sie jedoch nicht beurteilen, inwieweit darüber hinaus ein dringender Beratungsbedarf in den kreisangehörigen Gemeinden besteht, der einen finanziellen Aufwand des Landkreises rechtfertige.
Herr Salzmann erläutert, dass vermehrt Rat suchende Flüchtlinge aus dem Landkreis nach Braunschweig in das Beratungszentrum kämen. Daher plane der Verein, die zusätzlich vom Land zur Verfügung gestellte Beratungsstelle zum Teil für Beratungskapazitäten vor Ort einzusetzen. Das vorgestellte Konzept sei in Helmstedt bewährt. Vor Ort finde eine bedarfsorientierte Beratung statt. Eine fachliche Nachbearbeitung und ggf. Nachberatung erfolge dann in der zentralen Anlaufstelle in Braunschweig. Daher werden anteilige Sachkosten der Beratungsstelle in Braunschweig geltend gemacht. Weitere Details zum Konzept habe er der Verwaltung per Email mitgeteilt. Die Standorte für die Außenberatungen müssten noch festgelegt werden.

Herr Piltz ergänzt, dass die gegenwärtig tätigen Verbände in diesem Konzept keine Doppelförderung, sondern vielmehr eine Ergänzung des Beratungsspektrums sehen.
Für Frau KAbg. Großer ist interessant, welchen prozentualen Anteil Menschen aus dem Landkreis Wolfenbüttel an der Gesamtzahl der Ratsuchenden bei „Refugium“ in Braunschweig aktuell haben.
Herr Salzmann gibt an, dass es keine offiziellen Statistiken zu dieser Wahrnehmung gebe. Zahlen könnten lediglich für die Zukunft händisch ermittelt werden. Er beschreibt auch, dass eine Förderung des Landes zunächst nur für 2014 zugesagt sei. Er hoffe jedoch, dass sie fortgeführt wird.
Herr KAbg. Perli begrüßt dieses neue Angebot der aufsuchenden Flüchtlingsarbeit.
Frau KAbg. Resch-Hoppstock erbittet sich für eine Entscheidung alle der Verwaltung vorliegenden Unterlagen zum Konzept, insbesondere um den Unterschied zu den anderen Verbänden greifbar zu machen.
Herr KAbg. Löhr gibt zu bedenken, dass alle Samt- und Einheitsgemeinden des Landkreises von den Angeboten profitieren müssen. Wenn eine Förderung stattfinde, die anschließend nur drei Orten nütze, sei dies nicht gewinnbringend für das gesamte Kreisgebiet.
Frau KAbg. Großer fasst zusammen, dass für eine fundierte Entscheidungsfindung noch nähere Informationen vorgelegt werden müssen.
Unter der Maßgabe, dass über das Protokoll der zuvor angesprochene Emailverkehr zwischen Verwaltung und dem Verein „Refugium“ zur Verfügung gestellt wird, schlägt sie vor, dem Kreisausschuss ohne erneute Vorberatung im Fachausschuss eine Beschlussempfehlung für den Kreistag zu überlassen.

Nach vorangehender Beratung fasst der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Vorlage Nr. XVII-0450/2014 wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben.

Hinweis der Verwaltung:
Dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt ist ein Flyer sowie der Emailverkehr zwischen Verwaltung und dem Refugium Flüchtlingshilfeverein e.V. Braunschweig.

TOP 11 Geschäftsbericht des Jobcenters Wolfenbüttel für das Jahr 2013 Vorlage: XVII-0438/2014

Herr Vogel erläutert ergänzend zur Vorlage XVII-0446/2014 den Geschäftsbericht des jobcenters Wolfenbüttel für das Jahr 2013 anhand einer dem Protokoll als Anlage 1 beigefügten PowerPoint-Präsentation.

Hinweis der Verwaltung:
Herr KAbg. Perli verlässt um 17:34 Uhr die Sitzung.
Herr KAbg. Koch verlässt um 17:43 Uhr die Sitzung.
Herr KAbg. Pink verlässt um 17:44 Uhr die Sitzung.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Der Geschäftsbericht des Jobcenters Wolfenbüttel für das Jahr 2013 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 12 Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)

Frau Klooth teilt mit, dass die Kostenübernahme bei Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagverpflegung in einer Tageseinrichtung für Kinder (sog. Hortmittagessen) im Rahmen der Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) zum 31.12.2013 ausgelaufen ist. Das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (Nds. MS) hatte jedoch die Möglichkeit von Kooperationsvereinbarungen zwischen Schul- und Hortträgern zur Förderung über BuT gestattet.
Im Landkreis Wolfenbüttel waren in der Folge flächendeckend entsprechende Vereinbarungen geschlossen worden.
Mit einer kurzfristigen Mitteilung hat nun das Nds. MS nach Abstimmung mit dem Niedersächsischen Kultusministerium (Nds. MK) die Möglichkeit der Kooperationsvereinbarungen widerrufen.
Für die Betroffenen im Landkreis Wolfenbüttel bleibt dies jedoch ohne Nachteile, da für die Einzelfälle eine Teilnahme am Hortmittagessen über den Schulkostenhilfsfonds erfolgen kann.

Frau Klooth berichtet, dass der in der letzten Ausschusssitzung vorgestellte Antrag der Jugendhilfe Wolfenbüttel e.V. beim Land Niedersachsen zur Projektförderung zum Thema „Täterberatung bei häuslicher Gewalt“ bewilligt wurde. Über den weiteren Fortgang wird in der nächsten Sitzung berichtet.

TOP 13 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Großer schließt die Sitzung um 18:06 Uhr und dankt den Anwesenden.

Anlage 1 Zusatzinformationen zum Zuschussantrag „Refugium“ Flüchtlingshilfeverein e.V.

Anlage 2 PowerPoint-Präsentation „Geschäftsbericht 2013 des jobcenters Wolfenbüttel“

_____
Großer
(Vorsitzende)

_____
Klooth
(Dezernentin III)

_____
Zimmer
(Protokollführer)